

MEHR TRANSPARENZ

Mit dieser Forderung zog die erste grüne Fraktion in den Bundestag ein. Ein großer Erfolg also, dass wir in diesem Jahr mit der Ampel durchgesetzt haben, dass die Bundestagsausschüsse öffentlich tagen. Bis dahin blieb der Öffentlichkeit vielfach verborgen, was im Maschinenraum des Parlaments geleistet wird. Abgeordnete aller Fraktionen beraten fachlich gemeinsam die Gesetzentwürfe und Anträge, die das Parlament später beschließt. Gesetzgebung und Kontrolle der Bundesregierung sind ihre zentralen Aufgaben. Wie viele Vorsitzende und Mitglieder einer Fraktion zustehen, richtet sich nach dem Bundestagswahlergebnis. Regulär stünden unserer Fraktion vier Vorsitze zu, de facto haben wir einen mehr. Hier geben unsere Vorsitzenden einen Einblick in ihre Arbeit.



Kai Gehring

Vorsitzender im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bildung eröffnet Perspektiven. Ich weiß es aus eigener Erfahrung, als Arbeiterkind bin ich in meiner Familie „Student der ersten Generation“. Mit dem Ziel, allen Menschen gerechte Chancen und gleiche Rechte zu verschaffen, bin ich vor 25 Jahren in die grüne Partei eingetreten. Es macht mir Freude, nun die Konzepte umzusetzen, die wir bei den Koalitionsverhandlungen 2021 parat hatten. Das Startchancen-Programm ist ein bildungspolitischer Meilenstein: Ab 2024 unterstützen Bund und Länder Schulen in benachteiligten Quartieren über eine Dekade lang mit 20 Milliarden Euro. Das BAföG haben wir erhöht und wollen es mit einer Strukturreform zukunftsgerichtet und elternunabhängiger gestalten. Neben der beruflichen und akademischen Bildung arbeiten wir daran, künftigen Wohlstand zu sichern: mit einer Forschungspolitik, die Chancen und Risiken neuer Technologien abwägt und mehr Innovationen entfacht. Wissenschaft ermöglicht evidenzbasierte Politik – von Klimarettung über KI bis Antisemitismus-Prävention. Als Ausschussvorsitzender setze ich mich dafür ein, unsere Arbeit transparenter, agiler und internationaler zu gestalten. Bei der Auswahl der Sachverständigen achten wir auf Vielfalt. Seit diesem Jahr sind unsere Sitzungen öffentlich im Livestream oder in der Mediathek des Bundestags mitzuverfolgen – hier ist unser Ausschuss Pionier.

Auf Putins Angriffskrieg haben wir umgehend reagiert, indem wir Schüler*innen, Studierende und Forschende aus der Ukraine unterstützen. Weltweit gerät die Wissenschafts-

freiheit unter Druck, wir müssen verstärkt für sie eintreten. Auch unsere technologische und digitale Souveränität gilt es besser zu schützen. An Antworten auf diese Zukunftsfragen arbeiten wir: im Zukunfts- und Fortschrittsausschuss des Bundestags.



Anton Hofreiter

Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine war auch für uns ein tiefer Einschnitt. Als Querschnittsausschuss sind wir für alle politischen Themen mit europäischem Bezug zuständig. Es ist schockierend, dass ein europäisches Land zur Zielscheibe eines Aggressors wurde. Seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 stehen wir in engem Austausch mit unseren Kolleg*innen im ukrainischen Parlament. Um möglichst früh ein Zeichen der Solidarität zu setzen, sind wir gemeinsam mit den Vorsitzenden des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses in die Ukraine gefahren. Für uns war schnell klar, dass das Land nicht nur wirtschaftliche und humanitäre Hilfe braucht, sondern auch Waffenlieferungen zu seiner Verteidigung. Auch der Bundestag hat sich mit breiter Mehrheit dafür ausgesprochen.

Bei der großen Themenvielfalt im Europaausschuss liegen mir der Klimaschutz und der Erhalt unserer Artenvielfalt besonders am Herzen. Hier hat die Europäische Union ambitionierte Pakete geschnürt: Mit „Fit for 55“ will die EU ihren CO₂-Ausstoß bis 2030 um mindestens 55 Prozent senken. Mit dem „Nature Restoration Law“ hat sie jüngst die Grundlagen zur Wiederherstellung unserer Natur geschaffen. Gerade bei Ökothemen ist die EU oft Treiber, während Bremser in den nationalen Regierungen sitzen.

Zurzeit beschäftigen uns große europäische Fragen: Wie machen wir die EU zukunftsfähig? Welche Reformen brauchen wir, welche Länder sollen zu uns stoßen? Dabei begleiten wir eng den EU-Beitrittsprozess der Ukraine, Moldaus, Georgiens und der Staaten des westlichen Balkans. Es ist ein gutes Zeichen, dass die EU in diesen schwierigen Zeiten solch eine Strahlkraft hat. Angesichts starker autoritärer Mächte ist die EU-Erweiterung auch geopolitisch von großer Bedeutung.



Harald Ebner

Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Nur eine ökologisch intakte Welt kann auch eine sozial gerechte und friedliche Welt sein. Der 38 Mitglieder starke Umweltausschuss ist der Anwalt der Natur im Parlament. Er kümmert sich um die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, den Arten- und Naturschutz und die Einhaltung planetarer Grenzen. Oft gleicht es einem Spagat, zwischen Planungsbeschleunigung, schnellem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Schutz unserer Ökosysteme zu vermitteln. Wesentliche Elemente sind der Immissions- und Bodenschutz sowie die gesamte Chemikaliengesetzgebung. Neu ist der natürliche Klimaschutz. Wir müssen uns als Gesellschaft zügig an unabwendbare Folgen der Klimakrise anpassen. Dazu wollen wir die Kräfte der Natur nutzen, um CO₂ zu binden, Arten zu erhalten und Wasser zurückzuhalten. Ein neues Klimaanpassungsgesetz soll noch 2023 kommen. Konflikte um Wasser spitzen sich auch in Europa bereits zu. Deshalb hat die Regierung die Nationale Wasserstrategie auf den Weg gebracht, auch das Wasserhaushaltsgesetz wurde überarbeitet. Damit sichern wir den Trinkwasserschutz, sorgen für ein modernes Wassermanagement und freien Zugang zu Trinkwasser. Ein historischer Meilenstein war der Atomausstieg. Trotz erbittertem Widerstand von CDU/CSU und AfD gingen im April 2023 die drei letzten AKW endgültig vom Netz. Die Fragen der nuklearen Sicherheit, insbesondere der Rückbau, die Zwischenlagerung und die Endlagersuche, werden den Ausschuss aber noch sehr lange beschäftigen. Neu hinzugekommen in dieser Wahlperiode ist der Verbraucherschutz mit den Arbeitsfeldern Datenschutz, schadstofffreie Produkte, langlebige Geräte und nachhaltige Stoffkreisläufe. Ein „Recht auf Reparatur“ soll ein wesentlicher Schritt zur Ressourcenschonung werden.



Kirsten Kappert-Gonther

Amtierende Vorsitzende im Ausschuss für Gesundheit

Der Gesundheitsausschuss ist wohl der am häufigsten tagende Ausschuss. Bis Anfang nächsten Jahres werden wir auf fast 100 Sitzungen in dieser Wahlperiode kommen. Von der Krankenhausreform über Verbesserungen in der Pflege bis hin zu Cannabis – zu jedem geplanten Gesetz führen wir öffentliche Anhörungen mit Sachverständigen durch, auch zu fast allen Anträgen der Opposition. Ich leite den Ausschuss als amtierende Vorsitzende, weil das Vorschlagsrecht für den Ausschussvorsitz zwar bei der AfD liegt, deren Kandidat*innen jedoch keine Mehrheit im Ausschuss erhalten. Trotzdem versucht die AfD es in fast jeder regulären Sitzung erneut. Das ist formal und zeitlich herausfordernd. Die Anhörungen nutzt sie oft, um mit unseriösen Pseudo-Expert*innen zu provozieren, zum

Beispiel beim Thema Impfungen. Der Diskurs mit den anderen Kolleg*innen und den Sachverständigen ist von Respekt und Fachlichkeit geprägt. Sternstunden erleben wir immer dann, wenn die übergreifende Bedeutung von Gesundheitspolitik erkennbar wird, wenn wir beispielsweise über die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise sprechen, die seelischen Folgen eingeschlossen.

Aktuell beschäftigt mich besonders die Legalisierung von Cannabis, für die ich mich schon zu Oppositionszeiten eingesetzt habe. Im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen haben wir eine Ausschussreise nach Kanada und in die USA unternommen, denn dort funktioniert die kontrollierte Abgabe von Cannabis bereits. Die Erkenntnisse, die wir dort gewonnen haben, können nun direkt in die Beratungen über unseren Gesetzentwurf einfließen.



Tabea Rößner

Vorsitzende im Ausschuss für Digitales

Die gesellschaftliche Bedeutung der Digitalpolitik ist rasant gewachsen. Digitalpolitik ist heute Demokratiep Politik. Es geht um digitale Teilhabe und den sicheren Einsatz neuer Technologien in allen Lebensbereichen. Es geht um den freien Meinungsbildungsprozess, der durch die Verbreitung von Gewaltvideos, Deepfakes und Desinformation herausgefordert wird. Diese Themen treiben mich schon lange um. Daher freue ich mich sehr, mit dem Ausschussvorsitz neue Akzente setzen zu können. Der Weg zum vollwertigen Ausschuss war lang: vom Unterausschuss „Neue Medien“ in der 17. Wahlperiode über die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“, aus der dann der Ausschuss „Digitale Agenda“ hervorging – wenn auch nur in mitberatender Funktion.

Nun haben wir erstmals die Federführung bei wichtigen Vorhaben. Dazu gehören die Digitalstrategie der Bundesregierung, der Glasfaserausbau und das Recht auf schnelles Internet. Für die Umsetzung europäischer Gesetze wie des Digital Services Act oder des Data Act sind wir ebenso zuständig. Als Querschnittsausschuss laden wir nach und nach auch alle Bundesminister*innen ein. Der Ausschuss ist wichtiger Impulsgeber für das Parlament. So haben wir uns in öffentlichen Anhörungen mit digitalen Identitäten und Nachhaltigkeit, mit vertrauenswürdiger künstlicher Intelligenz oder internationaler Digitalpolitik befasst. Demnächst kommt das Digitale-Dienste-Gesetz, das eine effiziente nationale Aufsicht für Plattformen sicherstellen soll.

Eindrucksvoll war die Beratung über die Arbeitsbedingungen von Content-Moderator*innen, einer äußerst demokratie relevanten Arbeit. Zu einem Eklat kam es, als einer unserer Gäste nach seiner Befragung im Ausschuss an seinem Arbeitsplatz unter Druck geriet. Hier war eine Intervention unseres Ausschusses erfolgreich.

● www.gruene-bundestag.de/auschuesse